



Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 12.-15. September 2022 Straßburg

Rede zur Lage der Europäischen Union: Debatte mit Ursula von der Leyen

Am Mittwoch ab 9:00 Uhr wird Kommissionspräsidentin von der Leyen ihre Rede zur Lage der Europäischen Union vor dem Parlament halten und anschließend mit den Abgeordneten diskutieren.

4

Drastischer Anstieg der Energiepreise in Europa

Die Abgeordneten werden am Dienstagvormittag mit dem Rat und der Kommission über die Reaktion der EU auf den raschen Anstieg der Energiepreise diskutieren.

5

Abgeordnete wollen erneuerbare Energien und Energieeinsparungen vorantreiben

Die Abgeordneten werden am Mittwoch über Pläne im Rahmen des "Fit for 55"-Pakets für einen schnelleren Einsatz erneuerbarer Energien und zur Senkung des Energieverbrauchs bis 2030 abstimmen.

6

Ungarn: Berichtsentwurf stellt „Zerfall der Demokratie“ fest

In einem Zwischenbericht zum Artikel-7-Verfahren argumentieren die Abgeordneten, dass die Werte der EU in Ungarn systematisch bedroht sind.

8

Angemessene Mindestlöhne: Endgültige Abstimmung über neue Regeln

Das Parlament wird erwartungsgemäß neue Regeln über EU-Mindestlöhne annehmen, um Armut trotz Erwerbstätigkeit zu bekämpfen, den Lebensstandard anzuheben und Tarifverhandlungen zu fördern.

9

Finnische Premierministerin Sanna Marin spricht vor dem Parlament

Die Abgeordneten werden am Dienstagmorgen mit der Premierministerin Finnlands, Sanna Marin, über die Europäische Union und ihre Zukunftsaussichten diskutieren.

10

Krieg in der Ukraine: Debatte über die Lage, Abstimmung über Budgethilfe

Das Parlament wird am Dienstag mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell über die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine diskutieren und über eine EU-Makrofinanzhilfe abstimmen. 11

Klimawandel: Debatte über die Reaktion der EU auf extreme Wetterphänomene

Angesichts der Dürren und Waldbrände dieses Sommers in ganz Europa werden die Abgeordneten darüber diskutieren, wie die EU ihre Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels verstärken kann. 12

Neue Vorschriften zur Bekämpfung der von der EU verursachten Entwaldung weltweit

Um Klimawandel und Verlust der Artenvielfalt zu bekämpfen, sollen Unternehmen garantieren, dass in der EU verkaufte Produkte nicht von zuvor abgeholzten oder geschädigten Flächen stammen. 13

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 15

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2022-09-12>

Plenar-Newsletter für die Plenarsitzung vom 12.-15. September 2022 - Straßburg

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragung der Plenartagung](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen](#)

[EP-Multimedia-Center](#)

[EP-Newshub](#)

[Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Press Officer

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Andreas KLEINER

Press Officer / Editorial Coordinator

☎ (+32) 2 28 32266 (BXL)

☎ (+33) 3 881 72336 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 22

✉ andreas.kleiner@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1080

📱 (+49) 177 323 5202

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@ep.europa.eu

Maren HÄUSSERMANN

Press Officer in Austria

☎ (+43) 1 516 17217

📱 (+43) 660 4444 330

✉ maren.haeussermann@europarl.europa.eu

Rede zur Lage der Europäischen Union: Debatte mit Ursula von der Leyen

Am Mittwoch ab 9:00 Uhr wird Kommissionspräsidentin von der Leyen ihre Rede zur Lage der Europäischen Union vor dem Parlament halten und anschließend mit den Abgeordneten diskutieren.

Ursula von der Leyen wird eine Bilanz der Arbeit der EU-Kommission im vergangenen Jahr ziehen und die bevorstehenden Pläne erläutern, insbesondere in Bezug auf die Solidarität der EU mit der Ukraine, die Sanktionen gegen Russland, die Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung der EU und zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland. Auch die aktuellen Energiepreisspitzen sind voraussichtlich ein Thema, sowie der Europäische "Green Deal" und der grüne Wandel, die Digitalisierung, die Reaktion der EU auf die Corona-Pandemie und die Planung für künftige Pandemien sowie der europäische Aufbauplan "NextGenerationEU".

Die Abgeordneten werden im Anschluss an die Rede ihrerseits die Arbeit der Kommission und ihre Pläne für das kommende Jahr bewerten sowie eigene Ansichten und Vorschläge darlegen. Die jährliche Debatte zur Lage der Union gibt den Europaabgeordneten die Möglichkeit, die Bilanz und Prioritäten der Europäischen Kommission zu prüfen und einen Beitrag zur Festlegung der künftigen EU-Politik zu leisten.

Hintergrund

Die Debatte zur Lage der Europäischen Union ist ein wichtiger Moment, der die Rechenschaftspflicht der Europäischen Kommission gegenüber den demokratisch gewählten Vertretern der EU demonstriert und eine transparentere und demokratischere Union fördert.

Debatte: Mittwoch, 14. September

Weitere Informationen

[Debatte zur Lage der EU 2022: So können Sie sie verfolgen](#)

[Lage der Union 2022: Webseite der Kommission](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Drastischer Anstieg der Energiepreise in Europa

Die Abgeordneten werden am Dienstagvormittag mit dem Rat und der Kommission über die Reaktion der EU auf den raschen Anstieg der Energiepreise diskutieren.

Im Mittelpunkt der Debatte stehen die jüngsten und bisher vorgeschlagenen EU-Maßnahmen zum Schutz der europäischen Haushalte und Unternehmen vor steigenden Preisen im kommenden Winter. Eine EntschlieÙung zum Thema wird auf der nächsten Plenarsitzung im Oktober verabschiedet.

Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine hat die Unterbrechung der russischen Gaslieferungen zu einem sprunghaften Anstieg der Strompreise und der Volatilität des Marktes geführt, was die Kommission und die Mitgliedstaaten veranlasst hat, neue politische Optionen wie Preisobergrenzen oder die Entkopplung von Gas- und Strompreisen in Betracht zu ziehen.

In den letzten Monaten haben das Parlament und der Rat einen [Notfallplan zur Auffüllung der Gasreserven](#) angenommen. Die Kommission hat außerdem den Plan „[RepowerEU](#)“ sowie [EU-weite Maßnahmen zur Reduzierung des Gasverbrauchs](#) auf den Weg gebracht.

Debatte: Dienstag, 13. September

Abstimmung: Oktober / Plenarsitzung

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte und EntschlieÙung

Weitere Informationen

[Pressemitteilung \(23.06.2022\) - „Parlament billigt Pläne zur Auffüllung der Gasspeicher vor dem Winter“](#)

[Pressemitteilung der Europäischen Kommission \(08.03.2022\) - „REPowerEU: gemeinsames europäisches Vorgehen für erschwinglichere, sichere und nachhaltige Energie“](#)

[Pressemitteilung der Europäischen Kommission \(20.07.2022\) - „Gaseinsparungen für den Winter: Kommission schlägt Plan zur Senkung der Gasnachfrage vor, um EU auf Lieferkürzungen vorzubereiten“](#)

[Kostenloses Foto-, Video- und Audiomaterial](#)

Abgeordnete wollen erneuerbare Energien und Energieeinsparungen vorantreiben

Die Abgeordneten werden am Mittwoch über Pläne im Rahmen des "Fit for 55"-Pakets für einen schnelleren Einsatz erneuerbarer Energien und zur Senkung des Energieverbrauchs bis 2030 abstimmen.

Eine Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie in der vom Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie geänderten Fassung würde den Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch in der EU bis 2030 auf 45% erhöhen. Der Vorschlag sieht vor, dass der Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehrssektor zu einer 16-prozentigen Verringerung der Treibhausgasemissionen führen soll, und zwar durch die Verwendung eines höheren Anteils fortschrittlicher Biokraftstoffe und einer ehrgeizigeren Quote für nicht-biologische erneuerbare Kraftstoffe, wie Wasserstoff.

Die Abgeordneten werden auch über eine Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie abstimmen, die Ziele für Energieeinsparungen sowohl beim Primär- als auch beim Endenergieverbrauch in der EU festlegt. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass die Mitgliedstaaten bis 2030 gemeinsam eine Reduzierung des Energieverbrauchs um mindestens 40 % beim Endenergieverbrauch und 42,5 % beim Primärenergieverbrauch im Vergleich zu den Zahlen von 2007 sicherstellen müssen.

Hintergrund

Am 14. Juli 2021 verabschiedete die Europäische Kommission das Paket "Fit for 55", mit dem die geltenden auf Klimaschutz und Energie bezogenen Rechtsvorschriften angepasst werden, um das neue EU-Ziel einer Verringerung der Treibhausgasemissionen um mindestens 55 % bis 2030 zu erreichen. Ein Element des Pakets ist die Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II), die der EU helfen wird, das neue THG-Ziel von 55 % zu erreichen.

Das "Fit for 55"-Paket umfasst auch eine Neufassung der Energieeffizienz-Richtlinie (EED), in der derzeit das Niveau der Energieeinsparungen festgelegt ist, die die EU erzielen muss, um das vereinbarte Ziel von 32,5 % Energieeffizienzverbesserungen bis 2030 zu erreichen. Die Neufassung würde die Mitgliedstaaten dazu verpflichten, ihre jährlichen Energieeinsparverpflichtungen fast zu verdoppeln.

Debatte: Montag, 12. September (Energieeffizienz), Dienstag, 13. September (Erneuerbare Energien)

Abstimmung: Mittwoch, 14. September

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

[Entwurf eines Berichts über die Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen](#)

[Entwurf eines Berichts zur Energieeffizienz](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Paket ‚Fit für 55‘: Energieeffizienz-Richtlinie“](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Fit for 55 package: Renewable Energy Directive“](#)

[Presseerklärung zur Abstimmung im Ausschuss \(13.07.2022\)](#)

[Profil des Berichterstatters Markus Pieper \(EVP, DE\)](#)

[Profil des Berichterstatters Niels Fuglsang \(S&D, DK\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Überarbeitung der Richtlinie über erneuerbare Energien](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Revision of the Renewable Energy Directive: Fit for 55 package“ \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Revising the Energy Efficiency Directive: Fit for 55 package“ \(auf Englisch\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Ungarn: Berichtsentwurf stellt „Zerfall der Demokratie“ fest

In einem Zwischenbericht zum Artikel-7-Verfahren argumentieren die Abgeordneten, dass die Werte der EU in Ungarn systematisch bedroht sind.

Der [Textentwurf](#), über den die Abgeordneten am Mittwoch diskutieren und am Donnerstag abstimmen werden, zeigt auf, wie sich die Demokratie und die Grundrechte in dem Land weiter verschlechtert haben, seit das Parlament 2018 das [Verfahren nach Artikel 7 ausgelöst](#) hat, und zwar durch "vorsätzliche und systematische Bestrebungen der ungarischen Regierung", die durch die Untätigkeit der EU noch verschärft wurden.

Die Hauptanliegen der Abgeordneten reichen von der Funktionsweise des Verfassungs- und Wahlsystems bis hin zur Unabhängigkeit der Justiz und von der akademischen und religiösen Freiheit bis hin zu den Rechten gefährdeter Gruppen.

Die Abgeordneten weisen darauf hin, dass jede weitere Verzögerung des Verfahrens nach [Artikel 7](#) eine Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch den Rat bedeuten würde. Die Abgeordneten fordern, dass die Mittel aus dem EU-Aufbaufonds für Ungarn zurückgehalten werden, bis das Land den Empfehlungen und Gerichtsurteilen nachkommt.

Debatte: Mittwoch, 14. September

Abstimmung: Donnerstag, 15. September

Verfahren: Zwischenbericht - Überarbeitung des legislativen Initiativberichts

Weitere Informationen

[Pressemitteilung - „Hungary: member states have an obligation to end attacks on EU values“ \(13.7.2022, auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung - „MEPs demand more EU action to protect common values in Hungary and Poland“ \(5.5.2022, auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung - „Rule of law in Hungary: MEPs conclude three-day trip to assess the situation“ \(1.10.2021, auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung - „Ungarn: Europaabgeordnete verurteilen Anti-LGBTIQ-Gesetz aufs Schärfste“ \(8.7.2021\)](#)

[Pressemitteilung - „Parlament will wirksamen rechtsverbindlichen Mechanismus für Schutz der EU-Werte“ \(7.10.2020\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Bedenken zur Rechtsstaatlichkeit in Mitgliedstaaten: Was die EU unternehmen kann \(Infografik\)](#)

[Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2022: Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien \(Rechtsstaatlichkeit in Ungarn\)](#)

Angemessene Mindestlöhne: Endgültige Abstimmung über neue Regeln

Das Parlament wird erwartungsgemäß neue Regeln über EU-Mindestlöhne annehmen, um Armut trotz Erwerbstätigkeit zu bekämpfen, den Lebensstandard anzuheben und Tarifverhandlungen zu fördern.

Die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union ist ein wichtiger Meilenstein in der europäischen Sozialpolitik, da sie die Traditionen der Mitgliedstaaten bei der Lohnfestsetzung und bei Tarifverhandlungen anerkennt.

Nach den neuen Vorschriften müssen die nationalen Mindestlöhne den Arbeitnehmern ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, wobei die Lebenshaltungskosten und das allgemeine Lohnniveau zu berücksichtigen sind. Um eine Bewertung der Angemessenheit bestehender gesetzlicher Mindestlöhne zu erleichtern, können die EU-Länder einen Waren- und Dienstleistungskorb zu realen Preisen aufstellen oder sich an 60 % des Medianlohns und 50 % des Bruttodurchschnittslohns orientieren.

In Ländern, in denen weniger als 80 % der Arbeitnehmer von Tarifverhandlungen erfasst werden, müssen die Mitgliedstaaten einen Aktionsplan zur Erhöhung dieses Anteils aufstellen.

Im Juli [unterstützten](#) die Mitglieder des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten die [informelle Vereinbarung](#), die am 6. Juni 2022 mit dem Rat erzielt wurde.

Debatte: Dienstag, 13. September

Abstimmung: Mittwoch, 14. September

Weitere Informationen

[Vorläufige Vereinbarung im Anschluss an die interinstitutionellen Verhandlungen \(15.06.2022, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Richtlinie über Mindestlöhne“](#)

[Mitberichterstatter Dennis Radtke \(EVP, DE\)](#)

[Mitberichterstatterin Agnes Jongerius \(S&D, NL\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen, Richtlinie über angemessene Mindestlöhne \(15.06.2022\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Finnische Premierministerin Sanna Marin spricht vor dem Parlament

Die Abgeordneten werden am Dienstagmorgen mit der Premierministerin Finnlands, Sanna Marin, über die Europäische Union und ihre Zukunftsaussichten diskutieren.

Dies ist die sechste Aussprache einer Reihe von Debatten über die EU mit dem Titel „Das ist Europa“. Die erste fand auf der Plenartagung im März mit [Kaja Kallas](#) statt, der Ministerpräsidentin Estlands. Im Mai tauschten sich die Abgeordneten mit dem italienischen Premierminister [Mario Draghi](#) aus, und im Juni mit dem irischen Ministerpräsidenten [Micheál Martin](#) sowie mit dem kroatischen Premier [Andrej Plenković](#). Im Juli redete der griechische Premierminister [Kyriakos Mitsotakis](#) vor dem Parlament.

Vor ihrer Rede vor dem Plenum werden Sanna Marin und die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola zu einem bilateralen Gespräch zusammenkommen. Eine gemeinsame Pressekonferenz ist für 12:00 Uhr geplant.

Sanna Marin wurde im Dezember 2019 Ministerpräsidentin von Finnland. Sie war von 2013 bis 2017 Vorsitzende des Stadtrats von Tampere, seit 2015 Abgeordnete und von Juni bis Dezember 2019 finnische Ministerin für Verkehr und Kommunikation.

Debatte: Dienstag, 13. September, 10.30 Uhr

Weitere Informationen

[Offizielle Website des Büros des finnischen Premierministers](#)

Krieg in der Ukraine: Debatte über die Lage, Abstimmung über Budgethilfe

Das Parlament wird am Dienstag mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell über die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine diskutieren und über eine EU- Makrofinanzhilfe abstimmen.

Die ukrainischen Streitkräfte haben vor kurzem eine Gegenoffensive im Süden des Landes gestartet, um von Russland besetzte Gebiete zurückzuerobern, darunter auch die Gegend um Cherson. Unterdessen führte die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) einen Inspektionsbesuch im besetzten Kernkraftwerk Saporischschja durch, das in einem Gebiet liegt, das wiederholt unter Beschuss geraten ist. Die Atomenergie-Organisation hat die Einrichtung einer Sicherheitszone um das Kraftwerk gefordert.

Budgethilfe für die Ukraine

In einer Abstimmung am Dienstag wird das Parlament entscheiden, ob es das so genannte "[Dringlichkeitsverfahren](#)" anwendet, um eine [Makrofinanzhilfe](#) in Höhe von 5 Milliarden Euro zu genehmigen, die der Ukraine helfen soll, ihren durch die russische Invasion verursachten hohen Außenfinanzierungsbedarf zu decken. Dieses Darlehen ist der zweite Teil des von der Europäischen Kommission angekündigten [Makrofinanzhilfe-Gesamtpakets in Höhe von 9 Milliarden Euro](#), von denen [1 Milliarde Euro](#) bereits ausgezahlt wurde.

Wenn die Abgeordneten dem Dringlichkeitsverfahren zustimmen, werden sie später in der Woche über den Vorschlag selbst abstimmen.

Abstimmungen: Dienstag, 13. September (Dringlichkeitsverfahren), Makrofinanzhilfe (wird später festgelegt)

Verfahren: Fragestunde mit dem EU-Außenbeauftragten / Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Weitere Informationen

[Pressemitteilung: „MEPs approve €1 billion loan to Ukraine“ \(07.07.2022, auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung: „EU candidate status: lead MEP welcomes Council decision“ \(23.06.2022, auf Englisch\)](#)

[Makro-Finanzhilfe für die Ukraine \(Europäische Kommission, auf Englisch\)](#)

[Website "Stand with Ukraine" \(auf Englisch\)](#)

[EU-Maßnahmen zur Solidarität mit der Ukraine \(Europäische Kommission\)](#)

[Kostenlose Fotos und Videos](#)

Klimawandel: Debatte über die Reaktion der EU auf extreme Wetterphänomene

Angesichts der Dürren und Waldbrände dieses Sommers in ganz Europa werden die Abgeordneten darüber diskutieren, wie die EU ihre Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels verstärken kann.

Es wird erwartet, dass die Abgeordneten in einer Debatte am Dienstagmorgen, und am Donnerstag mit der Abstimmung über eine Entschließung, die Kommission und den Rat nach sofortiger Unterstützung der nationalen und regionalen Behörden durch die EU befragt werden, unter anderem durch die Aktivierung des EU-Katastrophenschutzverfahrens nach den schweren Dürren und Waldbränden, die in diesem Sommer mehrere europäische Länder heimgesucht haben. Diese Katastrophen haben Menschenleben gekostet und hatten verheerende Auswirkungen auf die Heimat und die Lebensgrundlagen der Menschen sowie auf Sektoren wie die Landwirtschaft.

Die Abgeordneten werden ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck bringen, dass extreme Wetterereignisse und Naturkatastrophen infolge des Klimawandels zunehmen und sich verstärken werden. Es wird erwartet, dass sie die Kommission auffordern werden, langfristige Strategien für das Katastrophenmanagement zu entwickeln und die bestehenden Finanzierungsverfahren zu vereinfachen.

Hintergrund

Das Parlament hat eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung ehrgeizigerer EU-Klimarechtsvorschriften gespielt und im November 2019 den [Klimanotstand ausgerufen](#). Das "Fit for 55"-Paket ist der Plan der EU, die Treibhausgasemissionen bis 2030 im Einklang mit dem [EU-Klimagesetz](#) um mindestens 55 % gegenüber dem Stand von 1990 zu senken.

Debatte: Dienstag, 13. September

Abstimmung: Donnerstag, 15. September

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen - „Climate action in the European Union: Latest state of play“ \(14.12.2021, auf Englisch\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Neue Vorschriften zur Bekämpfung der von der EU verursachten Entwaldung weltweit

Um Klimawandel und Verlust der Artenvielfalt zu bekämpfen, sollen Unternehmen garantieren, dass in der EU verkaufte Produkte nicht von zuvor abgeholzten oder geschädigten Flächen stammen.

Eine neue Verordnung über entwaldungsfreie Produkte steht am Montag zur Debatte und am Dienstag zur Abstimmung. So soll der Beitrag der EU zum Klimawandel und zum Verlust der biologischen Vielfalt weltweit verringert werden. Das neue Gesetz würde Unternehmen dazu verpflichten, zu überprüfen, dass die in der EU verkauften Waren nicht auf zuvor abgeholzten oder geschädigten Flächen hergestellt wurden (so genannte "Sorgfaltspflicht"). Es wird erwartet, dass die [Abgeordneten eine Ausweitung des Geltungsbereichs der Verordnung fordern](#) und dass die Unternehmen auch nachweisen müssen, dass diese Waren in Übereinstimmung mit den Menschenrechtsbestimmungen in internationalen Abkommen hergestellt werden und die Rechte der indigenen Völker respektieren.

Die Abgeordneten werden auch über eine neue EU-Forststrategie für 2030 debattieren und abstimmen. Der [Berichtsentwurf](#) betont die multifunktionale Rolle der Wälder, die den Klimawandel abmildern und gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen. Angesichts der vielfältigen Wälder und Klimabedingungen in der EU sollte die Waldbewirtschaftung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene und in Zusammenarbeit mit den Waldbesitzern entwickelt werden, so die Abgeordneten.

Hintergrund

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) [schätzt](#), dass zwischen 1990 und 2020 420 Millionen Hektar Wald - eine Fläche größer als die EU - durch Entwaldung verloren gegangen sind. Es wird geschätzt, dass der [EU-Verbrauch etwa 10 % der weltweiten Entwaldung](#) ausmacht.

Im Oktober 2020 machte das Parlament von seinem im [Vertrag verankerten Vorrecht](#) Gebrauch und forderte die Kommission auf, [Rechtvorschriften vorzulegen, um die von der EU verursachte weltweite Entwaldung zu stoppen](#).

Aussprachen: Montag, 12. September 2022

Abstimmungen: Dienstag, 13. September 2022

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren) (Entwaldung) und Initiativverfahren (EU-Forststrategie)

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen - „Verordnung über entwaldungsfreie Produkte“](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Towards deforestation-free commodities and products in the EU“](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Entwaldung\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(EU-Forststrategie\)](#)

[Merkblatt der Kommission zur Entwaldung](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „An EU legal framework to halt and reverse EU-driven global deforestation: European added value assessment“ \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Die Europäische Union und die Wälder“](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „New EU forest strategy for 2030“ \(auf Englisch\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- [Illegale Überwachung und Predator-Spyware in Griechenland](#), *Erklärungen von Kommission und Rat, Debatte Montag*
- Chinesische Provokationen gegen Taiwan, *Erklärungen des EU-Außenbeauftragten mit Debatte am Dienstag, Abstimmung über eine Entschließung am Mittwoch*
- Auswirkungen COVID-19-bedingter Schließungen von Bildungs-, Kultur-, Jugend- und Sporteinrichtungen auf Kinder und Jugendliche in der EU, *Debatte Montag, Abstimmung über Entschließung Dienstag*
- [Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen](#) - *Bericht: Rainer Wieland, Charles Goerens, Debatte und Abstimmung Donnerstag*
- Behandlung von Flüchtlingen und Migranten in der EU und an ihren Grenzen, *Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte, Dienstag*
- Erläuterung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023 durch den Rat, *Debatte Dienstag*
- Achter Kohäsionsbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Die Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2020 und 2021 - *Bericht: Nicolaus Fest, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Partnerschaftliches Fischereiabkommen EU/Mauritius: Fangmöglichkeiten und finanzielle Gegenleistung 2017–2021. Verlängerung des Protokolls - *Empfehlung: Izaskun Bilbao Barandica, Abstimmung Dienstag*
- Maßnahmen im Bereich der Fischerei, *Berichte: Isabel Carvalhais, Debatte und Abstimmung Donnerstag*, Hintergrundinfos [hier](#) und [hier](#)
- [Erneuerte Partnerschaft mit der südlichen Nachbarschaft – eine neue Agenda für den Mittelmeerraum](#) - *Bericht: Antonio López-Istúriz White, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Ökologische Katastrophe an der Oder, *Erklärungen der Kommission, Donnerstag*
- Umsetzung der aktualisierten neuen Industriestrategie für Europa: Anpassung der Ausgaben an die Politik - *Bericht Tom Berendsen, Debatte Donnerstag*

- Zustand der KMU in der Europäischen Union, *Erklärungen der Kommission, Donnerstag*
- Neues Europäisches Bauhaus - *Bericht Christian Ehler, Marcos Ros Sempere, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- [Zwischenbericht über den Vorschlag 2021 für eine Revision des Mehrjährigen Finanzrahmens](#)
- *Empfehlung: Jan Olbrycht, Margarida Marques, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*

Weitere Informationen

[Tagesordnung der Plenartagung](#)

[Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen](#)

[Weitere Informationen in der englischen Originalfassung des Plenar-Newsletters](#)